



Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74728

Fax 030 227 – 76728

E-Mail: judith.skudelny@bundestag.de

Pressemitteilung

Skudelny: Insolvenzverfahren - Fiskusprivileg kommt doch nicht

(29.10.2010) „Das Fiskusprivileg im Insolvenzverfahren ist vom Tisch!“ Mit dieser Botschaft kehrt die Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny aus der Sitzungswoche in Berlin zurück.

Ursprünglich hatte das CDU-geführte Bundesfinanzministerium zur Haushaltskonsolidierung geplant, dass sich die Sozialversicherungsträger, die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Finanzämter künftig vor allen anderen Gläubigern am verbliebenen Vermögen von insolventen Firmen bedienen können. Staatliche Gläubiger wären damit bei Firmeninsolvenzen bevorzugt worden. „Für private Gläubiger wie zum Beispiel Handwerker wäre dann praktisch nichts mehr übrig geblieben“, so Skudelny. „Diese Geld-zurück-Garantie für den Staat hätte ich keinem Mittelständler und noch weniger einem kleinen Betrieb in Baden-Württemberg erklären können“, so Skudelny, die von Haus aus Insolvenzanwältin ist. „Das Finanzamt war und ist kein besserer Gläubiger.“ Zudem ist Skudelny überzeugt, dass bei der Umsetzung der Pläne des Finanzministeriums die Rettung von insolventen Betrieben und damit von Arbeitsplätzen dann kaum noch möglich gewesen wäre. „Warum sollte das Finanzamt mit einem Unternehmen im Vorfeld einer Insolvenz verhandeln und nach Lösungsmöglichkeiten suchen, wenn es im Insolvenzverfahren ohnehin sein Geld bekommt?“ erläutert Skudelny. „Die Privilegierung des Finanzamts hätte die Sanierungsbemühungen eines Betriebes enorm erschwert.“

Skudelny zeigte sich daher erleichtert, dass die FDP das Fiskusprivileg in den Haushaltsberatungen im Bundestag kippen konnte. Allerdings musste der Kompromiss mit dem Finanzministerium teuer erkaufte werden: Die Schuldenbremse zwang die Gegner der Privilegierung dazu, eine Gegenfinanzierung zu finden. Die Erhöhung der Tabaksteuer dient auch hierzu. „Ich finde grundsätzlich keine Steuererhöhung schön“, so Skudelny, „aber die Tabaksteuer ist wenigstens die einzige, die man legal vermeiden kann!“